

Sachverständige oder Sprecher von Organisationen um ihre Meinung zu anstehenden Problemen gefragt. Das geschieht in dem Bewußtsein, daß Abgeordnete nicht allwissend sind und daß es einem geplanten Gesetz nur nützen kann, wenn möglichst viel Sachverstand in die Beratungen eingebracht wird.

Daß bei solchen Anhörungen gelegentlich auch ganz handfester Egoismus vertreten wird, kann die Öffentlichkeit regelmäßig u. a. bei Besoldungsneuregelungsgesetzen beobachten. Doch auch dies ist legitim. Entscheidend bleibt, daß die Abgeordneten, nachdem sie möglichst viele Meinungen zu Gesetzentwürfen angehört haben, in der Abstimmung nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Diese freie Gewissensentscheidung ist unseres Wissens im Landtag von Nordrhein-Westfalen bisher noch nie gefährdet gewesen.

FDP: Transparenz und Kontrolle notwendig

Das Wort „Lobby“ hat im politischen Sprachgebrauch einen schlechten Klang. Dabei wird allzu oft vergessen, daß der „Lobbyismus“ ein notwendiges Strukturelement unserer pluralistischen Demokratie ist. Jede gesellschaftliche Gruppe hat das legitime Recht, sich zu organisieren und ihre Meinung und Interessen in den politischen Willensbildungsprozeß mit einzubringen.

Ein Weg dabei ist die Lobbyvertretung im Landtag. Das Thema gewinnt jedoch erst seine richtige Dimension, wenn man all die anderen Arten der Interessenvertretung mit berücksichtigt, etwa die sogenannte „innere Lobby“, die sich aus der „Verbandsfärbung des Parlaments“ ergibt.

Nun ist es reine Fiktion zu meinen, das Gemeinwohl sei eine vorhandene neutrale Größe, die sich — unbeeinflußt von vorhandenen Interessen — auf dem Wege eines rationalen parlamentarischen Entscheidungsprozesses durch Einsicht finden ließe. Jeder Abgeordnete steht unter dem Einfluß von Interessen, seien es seine eigenen oder fremde. Das allein kann nicht bereits negativ sein. Das Problem ist allerdings, wie und in welchem Umfange sich die einzelnen Interessen durchsetzen. Hier müssen Überlegungen angestellt werden, wie der Lobbyismus transparent gemacht werden kann, um eine ausreichende Kontrolle über Art, Umfang und Ausmaß der verschiedenen Interesseneinflüsse zu gewährleisten. Dabei gäbe es folgende Möglichkeiten:

1. Die Registrierung aller Lobbyisten in einer öffentlichen Liste nach amerikanischem Muster.
2. Die Offenlegung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Abgeordneten durch genaue Kennzeichnung der beruflichen Position und eine Meldepflicht aller Zuwendungen an Abgeordnete beim Landtagspräsidium, wie es auf Bundesebene beabsichtigt ist.

Nur wenn Transparenz und damit Kontrolle der Interesseneinflüsse gesichert sind, wird der Abgeordnete der in Artikel 30, Abs. 2, der NRW-Verfassung aufgestellten Maxime einigermaßen gerecht werden können. Der Sonderauschuß für Parlamentsreform des Landtags wird sich bei seiner Arbeit dem Problem „Lobbyismus“ nicht verschließen können.

Porträt

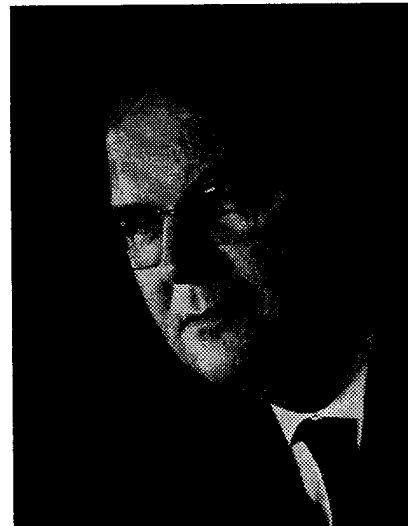
Am 11. April wäre er dreiundsechzig Jahre alt geworden: Josef Hermann Dufhues, viele Jahre einer der führenden Politiker der CDU in Nordrhein-Westfalen. Seit mehr als drei Jahren haderte er mit seinen persönlichen Erfahrungen um die Zusammenhänge von Macht und Medizin, zog er sich Schritt für Schritt und mit bewundernswerter Selbstbeherrschung aus der Politik zurück. Nur im Landtag, dem er über zwei Jahrzehnte als Parlamentarier, als Minister und als Landtagspräsident angehört hatte, harzte er — obwohl schon vom Schicksal gezeichnet — unbeirrt aus; zuletzt noch als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.

Noch in den sechziger Jahren hatte er Konrad Adenauers Angebot, Bundesfinanzminister zu werden, mit der Bemerkung in den Wind geschlagen, ein Ministeramt in Bonn sei nicht das letzte Ziel, das ein Mensch erstreben könne. In den siebziger Jahren verschrieb er sich dann in Düsseldorf doch noch der Finanzpolitik, wenn auch als Parlamentarier.

Als begeisterter Reiter hatte sich Dufhues in vielen Sätteln zurecht gefunden, bald auch in denen der Politik. Als Reiter war sich Dufhues allerdings auch immer im klaren darüber, wie schnell man sich gerade politisch vergaloppieren kann. Sein Vorpreschen mit westlichen „Weltjugendfestspielen“ an der Ruhr, seine Chrustschow-Attacken gegen den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und sein vergeblicher Dresseurrit gegen die Schriftsteller der „Gruppe 47“ zeugen dafür.

Als Bergsteiger strebte Dufhues stets nach dem Gipfel und düpierte daheim Freunde und Gegner mit der Behauptung, über 2000 Meter gäbe es nur noch anständige Kerle. Vielleicht mag es an den zu niedrigen Hügeln und Bergen in und um Bonn gelegen haben, daß Dufhues in der Bundespolitik nicht nach dem Gipfel gegriffen hat, obwohl dieser für ihn schon greifbar nahe lag.

So forsch Dufhues auch aufzutreten vermochte, als Rechtsanwalt, als Parlamentarier und Wahlkämpfer seiner Partei, so metallisch die Stimme des Offiziers, des Innenministers und des Politikers auch klingen konnte, Dufhues war im



Josef Hermann Dufhues (CDU) †, Staatsminister a. D., ehemaliger Landtagspräsident, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

Grunde seines Wesens und im besten Sinne des Wortes ein „Cunctator“. Ein Zauderer also, der aus Verantwortungsbewußtsein wichtige Entscheidungen reiflich überlegte und dabei auch in Kauf nahm, seine eigene Chance zu verfehlen. Er war es als politischer Kronprinz in Bonn und im Ringen um den Landesvater in Düsseldorf.

Dufhues selbst sah sich anders. Er sprach von einem „Ehrgeiz nach Maß“. Dufhues hat sich weder als Innenminister mit dem Staat identifiziert, noch als westfälischer Landesvorsitzender oder Geschäftsführender CDU-Bundesvorsitzender mit seiner Partei. Als er 1956 auf dem Stuttgarter Parteitag Konrad Adenauer mit einer Kühnheit attackierte, die weit über den Parteikonvent hinaus Aufsehen erregte, ging es ihm nicht um seine eigene Profilierung, sondern um seinen Parteifreund Karl Arnold.

Sein Engagement galt seiner Partei, die er reformieren wollte, aber auch dem Neuaufbau des Landes, besonders aber dem Revier, aus dem er stammte. Er hat nicht nur in der CDU seine Spuren hinterlassen, nicht nur im Innenministerium und im Parlament, auch die Entwicklung des Westdeutschen Rundfunks, dem er bis zuletzt als Verwaltungsratsvorsitzender diente, zeigt deutlich seine Handschrift. Über die Erinnerung hinaus wird Josef Hermann Dufhues in einer Fortbildungsstätte der Westfälischen CDU weiterleben, die seinen Namen tragen soll.

Karl Fischer